

Vorlageart: Berichtsvorlage
Federführung: Finanzen
Verantwortung: Frau Franke, Herr Tsalastras, Herr Berg

Quartalsbericht zum Ergebnisplancontrolling mit Stand 30.06.2026

Beratungsfolge

21.09.2026	Haupt- und Finanzausschuss	Kenntnisnahme
28.09.2026	Rat der Stadt	Kenntnisnahme

Bezug

Kein Bezug

Sachverhalt

- 1 Der Rat der Stadt erhält im Rahmen der Berichterstattung zum Stand 30.06.2026 den
- 2 beigefügten Quartalsbericht zum Ergebnisplan zur Kenntnisnahme. Dieser basiert auf den
- 3 aktuellen Budgetprognosen der Fachverwaltung und beinhaltet Planabweichungen ab 100
- 4 TEUR.
- 5
- 6

Anlage/n

1 - Quartalsbericht zum 30.06.2026

2 - Haushaltssicherungskonzept 2026 Einzelmaßnahmen Stand 30.06.2026



Quartalsbericht

Ergebnisplancontrolling

Stand: 30.06.2026



Inhaltsverzeichnis

<i>I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche.....</i>	<i>3</i>
<i>II. Allgemeine Finanzwirtschaft.....</i>	<i>4</i>
<i>III. Personal- und Versorgungsaufwendungen.....</i>	<i>5</i>
<i>IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen</i>	<i>5</i>
<i>V. HSK-Controlling zum 30.06.2026</i>	<i>9</i>
<i>VI. Verschuldung</i>	<i>9</i>

Anlage



I. Gesamtergebnis der konsumtiven Controlling-Gespräche

Auf Basis der vorliegenden Prognosen der Bereiche und Fachbereiche zum Stichtag 30. Juni 2026 zeichnet sich eine Verschlechterung zur Haushaltsplanung 2026 in Höhe von rund 13,8 Mio. EUR ab. Der pauschal in Abzug gebrachte globale Minderaufwand in Höhe von 2% der ordentlichen Aufwendungen wird damit zum Stichtag 30. Juni 2026 in Höhe von rund 10,1 Mio. EUR erreicht.

In Mio. EUR	Plan	Ist	Prognose	Abw.
Ordentliche Erträge	1.109,1	629,2	1.104,9	-4,2
Ordentliche Aufwendungen	-1.198,9	-541,6	-1.194,5	+4,4
Ordentliches Ergebnis	-89,8	87,6	-89,6	+0,2
Finanzerträge	0,4	0,3	0,4	0,0
Finanzaufwendungen	-40,8	-19,5	-30,8	+10,0
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-130,2	68,4	-120,0	+10,2
Globaler Minderaufwand	24,0	0,0	0,0	-24,0
Jahresergebnis	-106,2	68,4	-120,0	-13,8

Erträge

Im Vergleich zur Haushaltsplanung ergeben sich Mindererträge in Höhe von insgesamt rund 4,28 Mio. EUR.

Diese resultieren im Wesentlichen aus einem gegenüber dem Haushaltsansatz geringeren Aufkommen bei der Gewerbesteuer (-8,4 Mio. EUR) sowie den Erträgen aus der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben (-0,7 Mio. EUR).

Darüber hinaus entstehen erhebliche Mindererträge infolge der Verschiebung des ursprünglich für das Jahr 2026 vorgesehenen Baubeginns der Maßnahme „Brückenerneuerung DB Brücke Osterfelder Straße“. Die hierfür im Haushaltsjahr 2026 eingeplanten Landeszuweisungen in Höhe von rund 5,5 Mio. EUR werden - entsprechend der Verschiebung der Bauausführung und der damit verbundenen Baukosten - in die nachfolgenden Haushaltsjahre verlagert.

Demgegenüber sind im Vergleich zur Haushaltsplanung wesentliche Mehrerträge zu verzeichnen. Diese ergeben sich insbesondere im Baubereich aufgrund eines erhöhten Gebührenaufkommens aus Verwaltungsgebühren (+0,95 Mio. EUR), das auf die vorgezogene Umsetzung mehrerer Großbauvorhaben zurückzuführen ist.

Darüber hinaus führen gestiegene Mieteinnahmen aus den Objekten Parkhaus Klosterstraße und Fließhofstraße zu Mehrerträgen in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR.

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung führt die Abarbeitung bestehender Rückstände zu höheren Erstattungen durch Gemeinden (+1,0 Mio. EUR) sowie durch das Land (+1,0 Mio. EUR) für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer.

Ferner erhöhen die Rückzahlung des im Jahr 2025 überzahlten Verlustausgleichs durch die STOAG GmbH in Höhe von rund 1,9 Mio. EUR sowie die Auflösung der hierfür im Haushaltsjahr 2025 gebildeten Risikorückstellung in Höhe von rund 8,7 Mio. EUR den Gesamtbetrag der Erträge.



Aufwendungen

Im Vergleich zur Haushaltsplanung ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt rund 27,5 Mio. EUR.

Diese sind im Wesentlichen auf eine gegenüber der Planung geringere Zinsbelastung (-10,0 Mio. EUR) infolge der Übernahme von Altschulden durch das Land Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 8. April 2026 zurückzuführen.

Darüber hinaus verschieben sich die für die Brückenerneuerung der DB Brücke Osterfelder Straße vorgesehenen Aufwendungen (-7,3 Mio. EUR) entsprechend der zeitlichen Verlagerung der Maßnahme sowie der zugehörigen Landeszuweisungen in die folgenden Haushaltsjahre.

Den Minderaufwendungen stehen wesentliche Mehraufwendungen in Höhe von rund 13,1 Mio. EUR gegenüber. Diese betreffen insbesondere die laufenden Personalaufwendungen (+2,85 Mio. EUR) sowie die Verlustausgleichszahlungen an die STOAG GmbH (+3,8 Mio. EUR).

Darüber hinaus sind im Zusammenhang mit der Abwicklung der Baumaßnahme „DB Brücke Kewerstraße“ Rückzahlungen an das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von rund 1,7 Mio. EUR zu leisten.

Eine produktbereichsbezogene Darstellung sämtlicher Veränderungen gegenüber der Haushaltsplanung ist auf den nachfolgenden Seiten dargestellt.

Die nächste Überprüfung und Fortschreibung der laufenden Prognosen erfolgt zum Stichtag 30. September 2026.

II. Allgemeine Finanzwirtschaft

Im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft werden die wesentlichen Ertragsquellen der Stadt Oberhausen geplant und bewirtschaftet. Den größten Anteil der Erträge bilden dabei die Gewerbe-, Einkommen-, Grund- und Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes. Insgesamt entfallen auf diese Ertragsarten mehr als die Hälfte der Gesamterträge.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer unterliegen fortlaufenden Schwankungen. Zum Stichtag 30. Juni 2026 beliefen sich die Erträge auf rund 124,8 Mio. EUR. Nach Einschätzung des Fachbereichs Steuern wird das ursprünglich veranschlagte Jahresvolumen voraussichtlich nicht erreicht werden. Stattdessen wird zum Jahresende mit Gewerbesteuererträgen in Höhe von 155,0 Mio. EUR gerechnet.

Ertragsart (in Mio. EUR)	Plan	Ist	Prognose	Abw.
Gewerbesteuer	163,4	124,8	155,0	-8,4
Einkommensteuer	112,5	28,3	112,5	0,0
Grundsteuer B	47,2	0,0	47,1	-0,1
Umsatzsteuer	22,1	6,6	22,1	0,0
Schlüsselzuweisungen vom Land	281,9	176,2	281,9	0,0

Auf Grundlage des Festsetzungsbescheides des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) vom 18. Februar 2026 ergeben sich für die Zahlung der Landschaftsumlage Mehraufwendungen in Höhe von rund 1,1 Mio. EUR.



Mit der Übernahme der Altschulden durch das Land Nordrhein-Westfalen wurde ein erheblicher Teil der Verbindlichkeiten für Liquiditätskredite der Stadt Oberhausen in die Landesschuld übernommen. Dies führt sowohl im laufenden Haushaltsjahr als auch in den Folgejahren zu einer deutlichen Entlastung bei den Zinsaufwendungen. Trotz des weiterhin erhöhten Leitzinsniveaus der Europäischen Zentralbank werden im Jahr 2026 voraussichtlich Zinsaufwendungen in Höhe von rund 10,0 Mio. EUR eingespart.

Aufwandsart (in Mio. EUR)	Plan	Ist	Prognose	Abw.
Landschaftsumlage LVR	89,1	45,1	90,2	+1,1
Zinsaufwendungen für Kassenkredite	27,0	9,2	17,0	-10,0

III. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die laufenden Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Deckungsring Personal geplant und bewirtschaftet. Sie machen rund 20 % der gesamtstädtischen Aufwendungen aus. Zum Stichtag 30. Juni 2026 beliefen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen auf rund 115,4 Mio. EUR.

Nach der Prognose des Bereichs 4-1/Personal und Organisation ergibt sich für das Haushaltsjahr 2026 bei den Personalaufwendungen ein Mehrbedarf in Höhe von rund 2,85 Mio. EUR. Dem stehen voraussichtlich geringere Versorgungsaufwendungen in Höhe von rund 0,75 Mio. EUR gegenüber.

Die Haushaltsplanung für das Jahr 2026 basierte auf den Planansätzen des Haushaltsjahres 2025. Aufgrund der abweichenden tatsächlichen Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen im Jahr 2026 wird zum Jahresende ein saldierter Gesamtmehrbedarf in Höhe von rund 2,11 Mio. EUR prognostiziert.

Aufwandsart (in Mio. EUR)	Plan	Ist	Prognose	Abw.
Personalaufwendungen	205,4	96,8	208,2	+2,8
Versorgungsaufwendungen	37,6	18,6	36,8	-0,7
Summe Deckungsring	243,0	115,4	245,1	+2,1

IV. Wesentliche Abweichungen nach Produktbereichen

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Mieteinnahmen für die Objekte Parkhaus Klosterstraße und Fließhofstraße		0,5 Mio. EUR
Mehrertrag aus der Veräußerung von Grundstücken an der Westfälischen und Hünxer Straße		0,2 Mio. EUR
Minderaufwand durch zeitliche Verschiebungen von Projektkosten im SAP S/4HANA Umstellungsprojekt		0,4 Mio. EUR
Minderaufwand durch zeitliche Verschiebungen im Modellprojekt „Smart Cities“		0,2 Mio. EUR
Minderaufwand durch zeitliche Verschiebung bei der Durchführung des verwaltungsweiten Aktenscans		0,5 Mio. EUR



Mehraufwand im Deckungsring Unfallkasse NRW für Leistung des Beitrages nach Bescheid	- 0,2 Mio. EUR	
Mehraufwand für den Umbau der Zulassungs- bzw. Führerscheinstelle im Technischen Rathaus	- 0,3 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring Mieten durch die Neuanmietung von Büroräumen an der Essener Straße	- 0,1 Mio. EUR	
Summe	- 0,6 Mio. EUR	1,8 Mio. EUR

Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Benutzungsgebühren für Krankentransport		0,3 Mio. EUR
Minderaufwand im Bereich Rettungsdienst durch die Nichtumsetzung des Telenotarztsystems (s.u.)		0,9 Mio. EUR
Minderertrag aus Verwaltungsgebühren für Anwohnerparkausweise	- 0,3 Mio. EUR	
Minderertrag aus Benutzungsgebühren im Rettungsdienst durch die Nichtumsetzung des Telenotarztsystems (s.o.)	- 0,3 Mio. EUR	
Summe	- 0,6 Mio. EUR	1,2 Mio. EUR

Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Zuweisungen vom Land für Gymnasien (Belastungsausgleich G9)		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand an Kostenerstattungen aufgrund der Verzögerung des Bauvorhabens Moltkeschule in Dinslaken		0,1 Mio. EUR
Mehraufwand für Schülerbeförderungskosten durch Preissteigerungen und höhere Schülerzahlen	- 0,3 Mio. EUR	
Summe	- 0,3 Mio. EUR	0,2 Mio. EUR

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Erstattungen vom Bund für BuT		0,2 Mio. EUR
Mehrertrag aus Erstattungen vom Bund für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		1,0 Mio. EUR
Minderertrag aus Mieteinnahmen für Ukrainer/innen	- 0,6 Mio. EUR	
Minderertrag im Bereich wirtschaftliche Hilfen für Asylbewerber/innen durch Fallrückgang nach FlüAG	- 0,2 Mio. EUR	



Mehraufwand aus Erstattungen an Gemeinden durch Langzeitfälle in den Frauenhäusern	- 0,4 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring BuT aufgrund der Wohngeld-Novelle	- 0,6 Mio. EUR	
Mehraufwand im Deckungsring Soziales für verschiedene Transferleistungen	- 1,6 Mio. EUR	
Summe	- 3,4 Mio. EUR	1,2 Mio. EUR

Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag im Bereich Sozialleistungen für junge Volljährige durch bessere Personalausstattung		0,2 Mio. EUR
Mehrertrag aus Erstattungen von Land und Gemeinden im Bereich erzieherische Hilfen		2,0 Mio. EUR
Minderaufwand im Bereich Kinderbetreuung durch Änderung der Fortschreibungsrate vom LVR		2,8 Mio. EUR
Minderaufwand im Bereich Kinderbetreuung für Tagespflege		0,5 Mio. EUR
Minderertrag im Bereich Kinderbetreuung durch Änderung der Fortschreibungsrate vom LVR	-2,2 Mio. EUR	
Summe	-2,2 Mio. EUR	5,5 Mio. EUR

Produktbereich 07 - Gesundheitsdienste

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Erstattungen vom Land für die MEO-Kooperation (Mülheim, Essen, Oberhausen)		0,2 Mio. EUR
Summe		0,2 Mio. EUR

Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Verwaltungsgebühren in der Bauaufsicht aufgrund vorgezogener Umsetzung diverser Großvorhaben		1,0 Mio. EUR
Summe		1,0 Mio. EUR

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag aus Sondernutzungsgebühren (Baumaßnahme Polizeiwache)		0,1 Mio. EUR
Minderaufwand durch Verschiebung des Baubeginns der DB Brücke Osterfelder Straße		7,3 Mio. EUR



Minderaufwand für Instandhaltungsmaßnahmen an Radwegen durch zeitliche Verschiebungen		0,4 Mio. EUR
Mehraufwand aus Erstattungen an Land und DB für die Maßnahme Brücke Kewerstraße	- 1,7 Mio. EUR	
Minderertrag aus Zuweisungen vom Land durch Verschiebung des Baubeginns der DB Brücke Osterfelder Straße	- 5,5 Mio. EUR	
Minderertrag aus Zuweisungen vom Land für die Maßnahme Brücke Kewerstraße	- 0,6 Mio. EUR	
Summe	- 7,8 Mio. EUR	7,8 Mio. EUR

Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehraufwand für Kosten im Zuge Neugestaltung des Ruhrparks (IGA Internationale Gartenausstellung)	- 0,2 Mio. EUR	
Summe	- 0,2 Mio. EUR	

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus

Bezeichnung	Verschlechterung	Verbesserung
Mehrertrag durch die ertragswirksame Auflösung der 2025 gebildeten Risikorückstellung für die STOAG GmbH		8,7 Mio. EUR
Mehrertrag durch die Rückforderung des überzahlten Verlustausgleichs aus 2025 an STOAG GmbH		1,9 Mio. EUR
Mehrertrag aus Konzessionsabgaben der evo AG		0,5 Mio. EUR
Mehrertrag aus Konzessionsabgaben der RWW GmbH		0,2 Mio. EUR
Mehraufwand für Leistung des Verlustausgleichs 2026 an die STOAG GmbH	- 3,8 Mio. EUR	
Summe	- 3,8 Mio. EUR	11,3 Mio. EUR



V. HSK-Controlling zum 30.06.2026

Der Rat der Stadt hat am 09. Februar 2026 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2026 ff. beschlossen. Die Auswirkungen auf den Haushalt 2026 und die mittelfristige Finanzplanung 2027 - 2029 wurden in den Haushaltsplan 2026 aufgenommen.

Zum Stichtag 30. Juni 2026 haben die zuständigen Bereiche und Fachbereiche ihre Einschätzungen zur Einhaltung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen abgegeben (s. beigefügte Anlage).

Insgesamt betrug das vom Rat der Stadt beschlossene Konsolidierungsvolumen aus den Einzelmaßnahmen für das Haushaltsjahr 2026 rund 30,4 Mio. EUR.

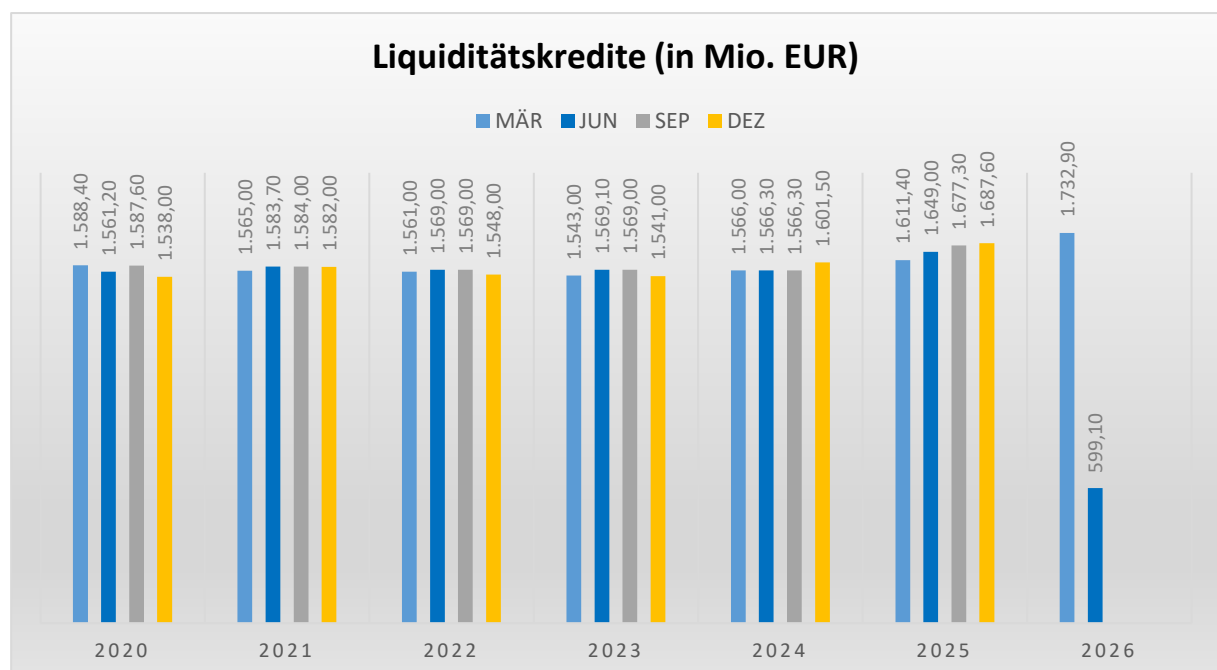
Den aktuellen Prognosen zufolge wird dieser Zielwert bis zum Jahresende 2026 voraussichtlich um rund 1,0 Mio. EUR verfehlt. Detaillierte Prognosen und Erläuterungen können der Anlage entnommen werden.

VI. Verschuldung

Nachfolgend wird die Entwicklung der Verschuldung der Stadt Oberhausen durch Liquiditäts- und Investitionskredite dargestellt.

Liquiditätskredite

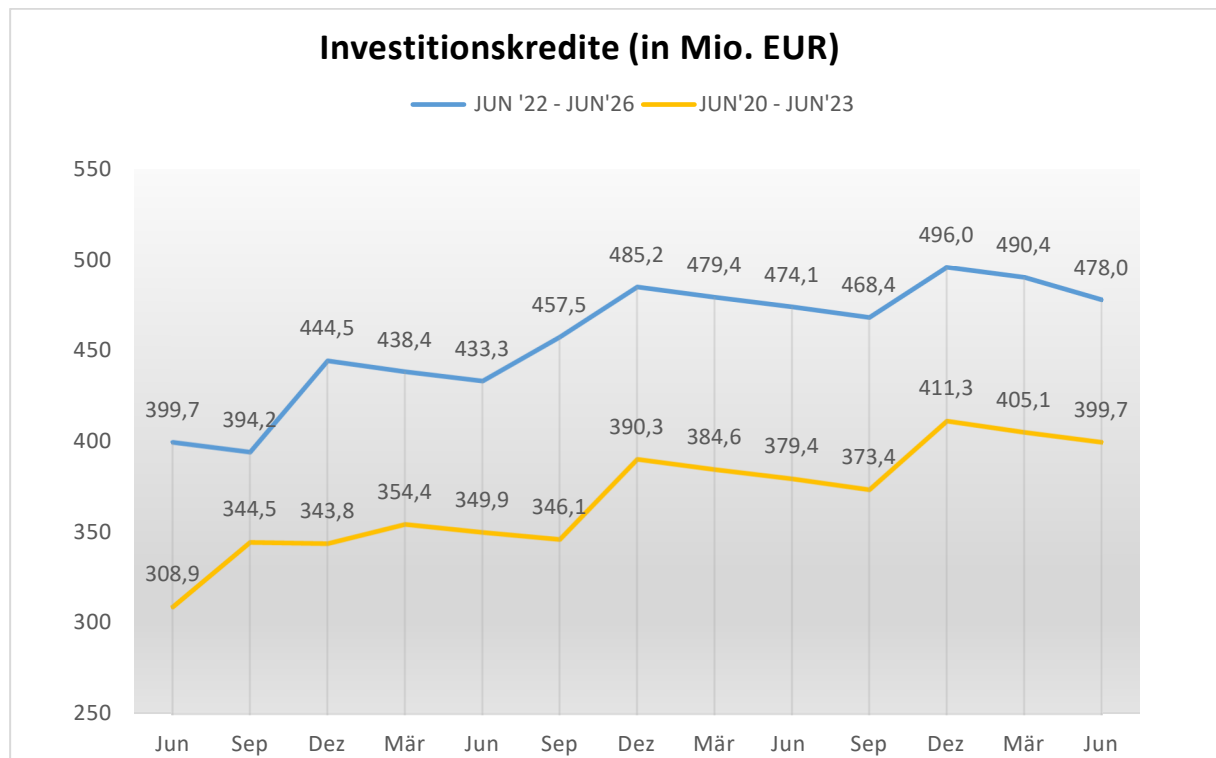
Zum Stichtag 30. Juni 2026 belief sich der Stand an Liquiditätskrediten auf rund 599,1 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Reduzierung in Höhe von rund 1,05 Mrd. EUR, bedingt durch die Altschuldenübernahme durch das Land NRW im April 2026.





Investitionskredite

Die Höhe der Investitionskredite zum Stichtag 30. Juni 2026 belief sich auf rund 478,0 Mio. EUR und liegt damit um rund 3,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (474,1 Mio. EUR).



Anlage

Haushaltssicherungskonzept 2026 / Einzelmaßnahmen (Stand 30.06.2026)

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2026

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung Prognose zum Stand 30.06	Bemerkungen
				2026	Prognose zum Stand 30.06.					
1	0	0-1	Einsparungen der Gesamtaufwendungen für Rats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen: a) Reduzierung von Sitzungsgeldern / Fraktionszuwendungen b) Einsparung von Sitzungsgeldern durch Reduzierung von Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen c) Zusammenlegung von Ausschüssen d) Kürzung Fraktionszuwendungen	230,0	230,0				Konsolidierungsmaßnahmen wurden umgesetzt. Ausschussgröße wurde auf 18 Mitglieder festgelegt. Ein Ausschuss wurde eingespart. Es wurde eine Einsparung der Sachkostenzuwendung in Höhe von 5% beschlossen.	Zusätzliche Konsolidierung 2026 ff. durch Reduzierung Ausschussmitglieder von 21 auf 18 Mitglieder und Verzicht auf einen Ausschuss.
2	0	9-5	a) Überprüfung des Leistungsvertrages zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH und der damit zusammenhängenden sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen	0,0	0,0					In Abstimmung mit der WBO GmbH erfolgt anstelle einer Kürzung des Pauschalentgeltes eine strukturell erhöhte Ausschüttung der WBO GmbH an die STOAG, in deren Folge sich die städtische Zuschusszahlung an die STOAG entsprechend reduziert. Perspektivisch ist eine gemeinsame Überarbeitung des mit der WBO GmbH geregelten Leistungsvertrages erforderlich.
			b) Reduzierung des Zuschusses an die STOAG GmbH	6.420,0	6.420,0				Der HSK-Betrag für 2026 bedeutet einen restlichen Finanzierungsbetrag für die STOAG von 12,5 Mio. EUR. Lt. Prognose der STOAG bei AR-Sitzung vom 18.06.2026: 16,295 Mio. EUR. Der HSK-Betrag für 2026 ist erreichbar durch Inanspruchnahme einer im Jahresabschluss 2025 gebildeten Risikorückstellung sowie Berücksichtigung der Einbuchung der Forderung gegenüber der STOAG aus dem Restdefizit aus 2025 (zu hoch angeforderte Abschlagszahlungen).	Streichung der Maßnahme 2a), Kompensation über eine erhöhte Ausschüttung der WBO GmbH in Höhe von 500 TEUR an die STOAG, in deren Folge sich das Konsolidierungsvolumen.
			c1) Reduzierung des Zuschusses an die Luise-Albertz-Halle GmbH	200,0	200,0					
			c2) Zusätzliche Reduzierung des Zuschusses an die Luise-Albertz-Halle GmbH in Höhe von 3%	27,0	0,0				Aktuell noch nicht absehbar, ob die LAH eine weitere Reduzierung des Zuschusses im Jahr 2026 wirtschaftlich tragen kann (Höhe des Fehlbetrages 2025: 83 TEUR; bei nicht weiter reduzierter Höhe des Zuschusses)	
			d1) Gewinnausschüttung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	50,0	50,0				Die Gewinnausschüttung wird voraussichtlich im November 2026 zur Auszahlung gebracht.	
			d2) Zusätzliche Gewinnausschüttung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH um 25 TEUR p.a.	25,0	25,0				Die Gewinnausschüttung wird voraussichtlich im November 2026 zur Auszahlung gebracht.	
			e1) Reduzierung des Zuschusses an das Theater Oberhausen	450,0	450,0				Bereits im Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 vorgesehen.	
			e2) Zusätzliche Reduzierung des Zuschusses an das Theater Oberhausen in Höhe von 3%	0,0	0,0				Die weitere Reduzierung in Höhe von 3 % (350 TEUR) ist gemäß HSK-Fortschreibung erst ab dem Jahr 2031 vorgesehen.	
			f) Gewinnausschüttung der Stadtparkasse Oberhausen (netto)	3.400,0	3.282,8				Eine Bruttoausschüttung von 3,9 Mio. EUR ist lt. Auskunft der Stadtparkasse in dieser Höhe gemäß A/18/0475 der CDU-Fraktion geplant. Bei einem Steuerabzug in Höhe von 617.175 TEUR würde sich eine Nettoausschüttung von 3.282.825 TEUR ergeben.	

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2026

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung Prognose zum Stand 30.06	Bemerkungen
				2026	Prognose zum Stand 30.06.					
			g) Gewinnausschüttung der GEO/GVO mbH	0,0	0,0				Kompensation durch Reduzierung des Pauschalzuschusses an die SBO	Ehemalige VZO Maßnahme.
			h1) Reduzierung des Zuschusses an die OWT GmbH	120,0	120,0					
			h2) Zusätzliche Reduzierung des Zuschusses an die OWT GmbH in Höhe von 3%	0,0	0,0					
			i) Reduzierung des Zuschusses an die IKF gGmbH in Höhe von 3%	0,0	0,0				Die weitere Reduzierung in Höhe von 3 % (25 TEUR) ist gemäß HSK erst ab dem Jahr 2027 vorgesehen.	
			j) Reduzierung des Zuschusses an die FMR mbH in Höhe von 3%	14,0	0,0				Aufgrund der Verzögerungen bei der Komplettsanierung des Solebades in Vonderort erfolgt nach Abstimmung mit den Beteiligten im Sommer 2026 die Öffnung des Freibades. Die Öffnung im Sommer 2026 war bislang in der Wirtschaftsplanung nicht vorgesehen, da mit einem früheren Baubeginn gerechnet wurde. Die Öffnung des Freibades verursacht Kosten in Höhe von voraussichtlich 300 TEUR, von denen 90 TEUR von der Stadt Oberhausen zu tragen sind. Mit der Erreichung der Maßnahme wird nach dem Umbau in 2029 gerechnet.	
			j2) Wegfall des städtischen Zuschusses nach Fertigstellung des Neubaus	0,0	0,0				Einsparungen sind erst ab Eröffnung des neuen Bades zu erwarten, die nach derzeitigem Stand nicht vor Ende 2028 erfolgen kann.	
			k) Reduzierung des Zuschusses an die WICA gGmbH in Höhe von 3%	7,0	7,0					
3	1	1-1	a) Vergnügungssteuer: Hebesatzerhöhung von 22 auf 24 v. H.	530,0	530,0				Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.	Satzung seit 01.06.24 in Kraft. Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.
			b) Hundesteuer: - Erhöhung der Hundesteuer von 156 auf 168 EUR/Hund sowie auf 288 EUR bei zwei und mehr Hunden, - Einführung eines Steuersatzes in Höhe von 850 EUR/Hund für "Gefährliche Hunde" (§3LHundG) und "Hunde bestimmter Rassen" (§10LHundG)	400,0	400,0				Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.	Satzung seit 01.01.25 in Kraft. Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.
			c) Einführung der Grundsteuer C ab 2025	0,0	0,0					Streichen der Maßnahme zum HSK 2027 ff.
			d) Einführung der Verpackungssteuer ab 2027	0,0	0,0				Verschiebung der Maßnahme auf 2027.	Verschiebung der Maßnahme auf 2027.
4	1	1-1	Neuorganisation von Arbeitsabläufen und Geschäftsprozessen	50,0	50,0				Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.	Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.
5	1	1-1	Verwaltungsweite Reduzierung der Beschaffungen um 5%	400,0	400,0					

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2026

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Teilmessung	keine Umsetzung	Erläuterung Prognose zum Stand 30.06	Bemerkungen
				2026	Prognose zum Stand 30.06.					
6	1	0-3 0-6 0-8	Erhöhung von Eintrittspreisen und Teilnehmergebühren in diversen städtischen kulturellen Einrichtungen	50,0	50,0				Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.	Maßnahme ist dauerhaft erfüllt.
7	2	3-2	Asyl-Unterbringungskonzept (§ 104c AufenthG) - durch strukturelle Maßnahmen eine gesteigerte Versorgung Geflohener in privatem Wohnraum erzielen; - die geflüchteten Menschen vorrangig in Regel- statt in Notunterkünften unterbringen; - Etablierung von Regelstandorten und somit Aufgabe von Gemeinschaftsunterkünften; - § 104c AufenthG nutzen (Erlangung Aufenthaltstitel), um Ausstieg aus dem Asyl G zu ermöglichen	2.260,0	2.260,0					
8	2	3-5	Reduzierung der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften (BG) im Vergleich zum Referenzjahr 2023	1.500,0	1.500,0				Bis zum Ende des Jahres wird weiterhin mit einer Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften gerechnet. Reduzierte Prognose ergibt ein Endbestand von 13.000 BG im Dezember 2026. Folglich ist die HSK-Maßnahme erreicht. Reduzierung der BG hat stattgefunden. Kosteneinsparung aufgrund der steigenden durchschnittlichen Kosten KdU nicht im gewünschten Maße möglich.	Maßgeblich ist eine Reduzierung der Anzahl an BG zum Referenzzeitraum (2023): 14.216 BG. Durchschnittlicher Kostensatz Stand Juli 2025: 468,15 EUR.
9	2	4-6	Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Anschaffung zusätzlicher Überwachungstechnik etc.	5.500,0	5.500,0					Erhöhung um 1,0 Mio. auf 5,5 Mio. EUR durch Anschaffung zusätzlicher Messtechnik
10	3	2-6	Optimierung der Abläufe innerhalb des Sachgebiets Querschnittsaufgaben	10,0	10,0					
11	3	3-1	a) Beteiligung der Fachberatung des Fachbereichs, um den Abgabeprozess an den LVR zu optimieren.	2.000,0	2.000,0				zu a) HSK-Ziel wird erreicht. Die geplanten 2 Mio. EUR sind bereits in der HH-Planung berücksichtigt und das veranschlagte Budget wird in 2026 eingehalten. zu b) Konzeptionierung läuft	Zusätzliche Aufnahme im HSK Maßnahmenblatt: Beauftragung von Partnerschaften Deutschland (PD) zur Entwicklung finanzieller Effekte im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe
			b) Schaffung neuer Intensivgruppen, welche explizit vorrangig durch das Jugendamt Oberhausen zu belegen sind, um die aktuell wenigen aber kostenintensiven intensivpädagogischen Einzelfälle in ihren Kosten zu reduzieren.	0,0	0,0					
12	3	3-3	Reduzierung der Aufwendungen für Einzelbeförderungen/Gruppenbeförderungen um 3 %.	0,0	0,0					Streichen der Maßnahme.
			a) Erhöhung der Friedhofsgebühren	450,0	450,0				Die aktuelle Entwicklung der Erträge bestätigt die bisherige Prognose. Die Vereinnahmungen entwickeln sich weiterhin planmäßig und entsprechen den Erwartungen. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass das veranschlagte Jahresbudget erreicht wird. Darüber hinaus wirken sich die zum 01.04.2026 in Kraft getretenen angepassten Friedhofsgebühren erwartungsgemäß positiv auf die Ertragsentwicklung aus. Die höheren Gebührensätze tragen zu einer stabilen Einnahmesituation bei und unterstützen die Erreichung der geplanten Jahreserträge. Insgesamt besteht aus heutiger Sicht kein Anlass, die bisherige Prognose anzupassen.	Umsetzung des neuen Friedhofskonzeptes seit 01.01.2025. Zusätzliche Erhöhung der Friedhofsgebühren in 2026 um 150 TEUR auf 450 TEUR und in 2027 um weitere 150 TEUR auf 600 TEUR.

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2026

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung Prognose zum Stand 30.06	Bemerkungen
				2026	Prognose zum Stand 30.06.					
13	4	SBO	b) Reduzierung des Pauschalzuschusses an die SBO Servicebetriebe Oberhausen	2.100,0	2.100,0				Der SBO-Pauschalzuschuss ist für das Gesamtjahr unter Berücksichtigung der HSK-Maßnahme auf den Betrag von 81,2 Mio. EUR fixiert. Zur Zeit kann davon ausgegangen werden, dass der im Wirtschaftsplan 2027 eingestellte Konsolidierungsbeitrag von insgesamt 2,1 Mio. EUR eingehalten werden kann.	
			c) Anhebung von Mieten und Pachten	250,0	0,0				Eine Umsetzung im Bereich des bebauten Grundbesitzes ist aufgrund des Immobilienkonzeptes (Übertragung von Mietobjekten an GVO) zzt. nicht möglich. Beim unbebauten Grundbesitz ergibt sich voraussichtlich auch in 2026 ein Mehrertrag durch Zahlungen der Deutschen Bahn für die Inanspruchnahme städt. Grundstücke für Baustelleneinrichtungsflächen. In welcher Höhe hier zusätzliche Einnahmen erzielt werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden. Erhöhungen der Nutzungsentgelte bei unbebauten Flächen, hauptsächlich Gartenland, können nur geringfügig zum Erreichen des Konsolidierungsbetrages beitragen.	
14	4	4-1 SBO	Kosteneinsparungen durch Standortkonzentration bzw. Erstellung eines neuen Raumkonzepts	200,0	0,0				SBO: Eine Kosteneinsparung ist in 2026 nicht zu erwarten. Die Umgestaltung der Büroflächen für moderne Arbeitswelten und damit eine bessere Nutzung von bestehenden Flächen ist in kleineren Bereichen bereits begonnen worden. Die entsprechende Umsetzung erfolgt sukzessiv im Rahmen der bestehenden finanziellen Möglichkeiten. Um Flächen herzurichten, sind zuvor investive Mittel einzusetzen und temporäre Flächen anzumieten, ehe die Maßnahmen umgesetzt werden können. 4-1: Der Abschlussbericht von Partnerschaften Deutschland liegt zwischenzeitlich vor. Dieser enthält jedoch lediglich allgemein gehaltene Handlungsempfehlungen zum Aufbau einer Portfoliostrategie für kommunale Immobilienbestände. Konkrete Maßnahmen zur Standortkonzentration können hieraus nicht abgeleitet werden. Ungeachtet dessen sollen moderne Arbeitswelten und Desksharing sukzessive in immer mehr Verwaltungsstandorten eingeführt werden. Die effizientere Nutzung der Bürofläche führt langfristig zu einer Reduzierung des Flächenbedarfs. Da dies grundsätzlich mit baulichen Anpassungen und teils hohen Investitionen verbunden ist, ist eine Umsetzung mit Blick auf die finanziellen Möglichkeiten der Stadt nur schrittweise möglich.	
15	4	2-4	Verstärkte Überwachung des ruhenden Verkehrs (Mehreinnahmen an Bußgeldern)	250,0	250,0					
16	4	4-1	Anpassung und Überprüfung der bestehenden Verwaltungsgebührenordnungen (wie z. B. Anheben von einzelnen Gebühren, Stückkosten etc.)	100,0	100,0					
17	4	4-1	Reduzierung der Personalaufwendungen (z. B. durch Streichung von geplanten Stellenneueinrichtungen ohne Refinanzierung)	2.500,0	2.500,0				Personalaufwendungen für Stellen ohne Refinanzierung wurden bei der Haushaltsplanung vom Kämmerer gestrichen.	

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2026

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Teils Umsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung Prognose zum Stand 30.06	Bemerkungen
				2026	Prognose zum Stand 30.06.					
18	4	4-4	Verwaltungsdigitalisierung, z. B. durch: a) Einsparung von Porto- und Papieraufwendungen durch die Erweiterung/Einführung digitaler Medien (bspw. Elektronische Signatur, Gehaltsmitteilungen per Email usw.), weitestgehender Verzicht auf Papier b) Reduzierung verwaltungsweiter IT-Kosten (anstatt PC und Laptop, nur noch Anschaffung eines Laptop, Vermeidung von doppelten Kosten u. a. für Lizenzen etc.) für Homeoffice, Teleheimarbeit, mobiles Arbeiten u.ä. c) Digitalisierung des Hausaktenarchives im Bauordnungsbereich	0,0	0,0					Nach Abstimmungsgründen zwischen 1-1, 4-1 und 4-4 ergeben sich Einsparungen nicht im Bereich IT, vielmehr in einzelnen Fachbereichen z. B. durch Einführung neuer Software. Hierbei kommt es zu Personal- und Sachkosteneinsparungen. Beträge lassen sich oftmals erst nachgängig und in den meisten Fällen kaum beziffern. Dies muss unterjährig überprüft werden. Zusätzlich: Erstellung eines regelmäßigen Controllingberichtes über die Digitalisierungsprojekte und damit zusammenhängende Digitalisierungsdividende.
19	4	alle SBO	Energiesparmaßnahmen in der Gesamtverwaltung, z. B. durch die Fortsetzung der Umrüstung auf LED-Lampen, erweiterte Nachtlichtabschaltung überall da wo es möglich ist, Energieeinsparung bei Beleuchtungen über Bewegungsmelder in allen öffentlichen Gebäuden, LED-Straßenbeleuchtung, Überprüfung des Stromlieferungsvertrages uvm. Initiierung eines Energiesparprojektes an Schulen zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern im bewussten Umgang mit Ressourcen	0,0	0,0					Verschiebung der Maßnahme auf 2028 ff. Erarbeitung konkreter Maßnahmeninhalte mit dem Energiesparmanagement der SBO und der evoAG.
20	5	5-6	Einführung einer E-Scooter-Abgabe von je 3 EUR/Monat je Scooter	10,0	34,2				Erhebung der E-Scooter-Abgabe in Höhe von 34.200 EUR für 2026 festgesetzt.	In der Praxis hat sich gezeigt, dass sich durch die Einführung der E-Scooter Abgabe nur 10.000 EUR p.a. erzielen lassen.

Summe (aus HSK Beschluss 2025)	32.240,0	
Summe HSK 2026 ff. Neu	29.503,0	28.919,0
Veränderung	-2.737,0	-584,0

Neue HSK-Vorschläge

21	5	5-6	a) Anpassung der bestehenden Parkgebührenordnung durch Erhöhung der Parkgebühr für Stundentarife von 1,00 EUR auf 1,50 EUR sowie für Tagstarife von 3,00 EUR auf 4,00 EUR	500,0	333,3				Umsetzung nach Ratsbeschluss und Bekanntmachung im Amtsblatt, daher Prognose für 8 Monate.	
			b) Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung am Kaisergarten (Bewirtschaftung auch von Montag bis Freitag)	160,0	106,6				Umsetzung nach Ratsbeschluss und Bekanntmachung im Amtsblatt, daher Prognose für 8 Monate.	
22	4	2-4	Erhöhung der Gebühren für Anwohnerparkausweise von 30,70 EUR auf 61,40 EUR pro Jahr	220,0	0,0				Die im Rahmen des HSK festgesetzte Erhöhung der Gebühren fußte auf keinem ausreichenden gesetzlichen Fundament, sodass die Gebühr derzeit nicht, wie geplant, angehoben werden konnte. Zwischenzeitlich wird an dem Erlass einer entsprechenden Gebührensatzung gearbeitet, sodass Mehrerträge erzielt werden können. Ggf. kann der volle Konsolidierungsbetrag erst ab 2027 ff. generiert werden.	Kalkulation: rund 7.100 Bewohnerparkausweise x 30,70 EUR

Maßnahmen-Controlling Haushaltssicherungskonzept 2026

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	Konsolidierungsbetrag in TEUR		in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterung Prognose zum Stand 30.06	Bemerkungen
				2026	Prognose zum Stand 30.06.					
23	4	4-1	Personalstellenabbau in Höhe von 5% bis zum Jahr 2033	0,0	0,0				Die finale Besetzung des Sachgebietes erfolgt zum 01.09. Derzeit werden organisatorische Vorbereitungen getroffen. Der aktuelle Stand wird regelmäßig im Arbeitskreis HSK präsentiert.	Einsatz einer Task Force Personal, um eine Aufgabenkritik und Prozessoptimierung durchzuführen und die damit einhergehenden Personaleinsparungen zu entwickeln.
24	1	1-1	Durchführung einer Hundebestandsaufnahme (Erhöhung der Anzahl angemeldeter Hunde)	50,0	16,8				Es wird zum Ende des Jahres mit einer Teilerreichung der Maßnahme gerechnet (ca. 100 Hunde x 168 EUR).	Kalkulation: rund 600 Hunde mehr x 168 EUR = 100.000 EUR (im ersten Jahr sind die Kosten für die Durchführung gegenüberzustellen).
25	1	1-1	Einführung einer Infrastrukturabgabe (im Rahmen von Beherbergungen)	0,0	0,0					3 EUR pro Übernachtung in Oberhausen, 600.000 Übernachtungen pro Jahr (im ersten Jahr werden Einnahmen geringer geschätzt).

Summe neue Vorschläge	930,0	456,7
------------------------------	--------------	--------------

Summe Neu Gesamt	30.433,0	29.375,7
-------------------------	-----------------	-----------------

Konditionelle Eventualmaßnahme

Ifd. Nr.	Dez.	Bereich	Maßnahmenbeschreibung	2026	Jahresprognose zum Stand 30.06.	in Umsetzung	in Teilumsetzung	keine Umsetzung	Erläuterungen zum Stand 30.06	Bemerkungen
26	1	1-1	Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B (aktuell in 2026 = 922 v.H.)	0,0	0,0					Erhöhung: Grundsteuer B um 1 v. H. = ca. 51.190 EUR